

EINFÜHRUNG

Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven

Rudolf Seiters

Die Wahrung des Andenkens an bedeutende Staatsmänner der eigenen Geschichte gehört zu den wichtigen Anliegen und kulturpolitischen Aufgaben eines Staates. Aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag im Sommer 1997 beschlossen, nach Bundeskanzler Konrad Adenauer, Reichspräsident Friedrich Ebert, Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Willy Brandt auch den ersten deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck durch Errichtung einer selbstständigen Stiftung zu ehren und dessen Leistungen zu würdigen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, sammelt und verwahrt die Stiftung den Nachlass Otto von Bismarcks und seiner Familie und wertet diesen für die Interessen der Allgemeinheit in Kultur und Wissenschaft, Bildung und Politik aus. Zugleich ist die Stiftung ein Zentrum der wissenschaftlichen Forschung über Otto von Bismarck und seine Zeit.

Als Kuratoriumsvorsitzender der Otto-von-Bismarck-Stiftung freue ich mich daher sehr, Sie heute hier in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Mitglied ich ebenfalls bin, begrüßen zu können, insbesondere die Professoren Dr. Andreas Wirsching, Dr. Eckart Conze, Dr. Dominik Geppert, Dr. Frank Becker, Dr. Arnulf Baring und natürlich auch Herrn Professor Dr. Küsters und Herrn Professor Dr. Lappenküper, die diese Veranstaltung „Kanzler der Einheit. Bismarck – Adenauer – Kohl. Herausforderungen und Perspektiven“ vorbereitet haben – mit einem außerordentlich reizvollen Thema und Diskussionen, auf die auch ich sehr gespannt bin.

Henry Kissinger hat am 13. Juli 1998 in einem Vortrag in Reinbek Bismarck „die dominante Figur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vielleicht sogar des gesamten Jahrhunderts“ genannt. Darin waren und

sind sich viele Historiker einig, unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung seiner politischen Lebensleistung. Der „Reichsgründer“ und „Eiserne Kanzler“ hat das Amt des Bundes- bzw. Reichskanzlers über nahezu 23 Jahre entscheidend geprägt, zunächst im Rahmen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, seit 1871 als verantwortlicher Lenker der Reichsregierung. Nimmt man die Jahre der preußischen Ministerpräsidentenschaft seit 1862 noch dazu, so hat Bismarck es fast ein Menschenalter lang vermocht, die Richtung der preußisch-deutschen Politik zu bestimmen. Gleichzeitig ist er ein „Kanzler der Einheit“, die er herbeiführte durch eine „Revolution von oben“. Lothar Gall nannte ihn den „weißen Revolutionär“. Henry Kissinger fasst sein Urteil über die Außenpolitik Bismarcks mit folgendem Satz zusammen: Es sei ihm in einer staatsmännischen Leistung gelungen, das feste Gleichgewicht in Europa als ein Instrument des Ausgleichs und des Friedens zu erhalten. Kritischer – das wissen auch wir in der Otto-von-Bismarck-Stiftung – fällt die Bilanz der Bismarckschen Innenpolitik aus.

Konrad Adenauer, Gründungskanzler der Bundesrepublik, hat mit seiner klugen und weitsichtigen Politik die Grundlagen gelegt für den Aufbau einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen, sozialen Bundesrepublik, dabei am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen und damit der Wiedervereinigung, immer festgehalten. Adenauer hatte der bundesdeutschen Außenpolitik die Maxime vorgegeben, dass ihre beiden Hauptziele: Westbindung – atlantische wie europäische – und die Wiedervereinigung nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander bedingen. Voraussetzung für eine praktische Verbindung dieser Ziele war eine Neukonzeption der sowjetischen Westpolitik, zu der die UdSSR irgendwann aus innerer Schwäche kommen müsse. Ich erinnere an Adenauers Aussage von 1966: „Eines Tages wird auch Sowjet-Russland einsehen, dass die Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist ... Wenn der Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.“ Eine vorausschauende und sehr realistische Einschätzung der internationalen Lage, auch zu Zeiten, als viele in Deutschland die Einheit längst aufgegeben hatten. Behutsamkeit und Sorgfalt bei der Verfolgung deutschlandpolitischer Ziele war aber auch gegenüber den westlichen Verbündeten erforderlich. Es gehört zu den bleibenden – und bis 1990 nachwirkenden – Erfolgen der Adenauerschen Politik, die drei Westmächte im Deutschlandvertrag auf das gemeinsame Ziel eines

wiedervereinigten, freiheitlich verfassten und in die westliche Gemeinschaft integrierten Deutschland verpflichtet zu haben.

Altbundeskanzler Helmut Kohl, ebenfalls Kanzler der Einheit, war kaum in seinem Amt als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland, als er gegen viele Widerstände in Politik und Öffentlichkeit den NATO-Doppelbeschluss durchsetzte, dessen Bedeutung für die Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nicht zu überschätzen ist. Dass die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, diese Gegenmaßnahmen gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 durchzusetzen, hat – wie wir von Gorbatschow selbst und anderen wissen – wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung dieses Beschlusses die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Sieben Jahre später war sie eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik.

Ohne die Solidarnosc-Bewegung in Polen, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschow und seine Politik von Perestroika und Glasnost, ohne die feste Haltung der Vereinigten Staaten, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben. Die damalige Entwicklung hätte aber auch einen anderen Verlauf genommen, wenn nicht die Bundesregierung den „Mantel der Geschichte“ im richtigen Zeitpunkt ergriffen und die damals gegebene historische Chance konsequent genutzt hätte. Es gab damals auch ganz andere Stimmungen und Vorstellungen in Deutschland.

Wenn wir daher Helmut Kohl zu Recht einen der Väter der Einheit nennen, dann zum einen wegen der Geradlinigkeit und Richtigkeit der politischen Grundentscheidungen. Ebenso wichtig ist aber auch das persönliche Miteinander der handelnden Politiker, das Vertrauensverhältnis, das Prinzip der Verlässlichkeit. Ein solches Vertrauensverhältnis in den Jahren 1989/1990 herzustellen, zu Michail Gorbatschow, François Mitterrand und den anderen, ist Helmut Kohl in einer besonders kennzeichnenden Weise gelungen. Der Bundeskanzler nahm Rücksicht auf die Empfindlichkeiten im Westen und Osten Europas. Er ließ keine Zweifel aufkommen, dass Deutschland an seinen europäischen Verpflichtungen auch nach einer Wiedervereinigung festhalten werde. Er wusste um die polnischen Empfindlichkeiten, um die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten von Michail Gorbatschow.

Er hat den Prozess, der zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, sorgsam und ganz behutsam gesteuert: Vertrauen herstellen in die Verlässlichkeit politischen Handelns.

Dennoch ist es richtig, sich dem Thema Wiedervereinigung auch mit einem Stück Demut und Bescheidenheit zu nähern. Wir hatten auch Glück, und niemand beschreibt das besser und plastischer als Helmut Kohl in seinen Memoiren: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoores: Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben müsste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohlbehalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“